

Gemeinsam unterwegs für Klimagerechtigkeit

Ein breites Bündnis aus Organisationen und Verbänden der katholischen und evangelischen Kirche führt von Dienstag 13.10. bis Samstag 28.11. 2015 die Aktion „Geht doch! Ökumenischer Pilgerweg für Klimagerechtigkeit“ durch.

Der Pilgerweg will auf die klimatischen Herausforderungen im Vorfeld des 21. UN-Klimagipfels in Paris aufmerksam machen. Dabei werden „Kraftorte“ und „Schmerzpunkte“ besucht und in medienwirksamen Veranstaltungen aufgezeigt, wo noch intensivere Bemühungen auf politischer, gesellschaftlicher und individueller Ebene notwendig sind.

Der Pilgerweg macht am Montag, 19.10.2015 Station in Lünen. Aus diesem Anlass erklären die Mitwirkenden in Lünen:

Wesentliche Ursache für den Klimawandel ist der immense Verbrauch fossiler Energie wie Kohle, Erdöl und Gas. Darunter ist Kohle mit Abstand am klimaschädlichsten. Kohlekraftwerke sind für einen großen Teil des weltweiten Ausstoßes von klimaschädlichem Kohlendioxid (CO₂) verantwortlich.

Die Folgen des Klimawandels treffen heute schon besonders Menschen in armen Ländern, die selbst am wenigsten dazu beigetragen haben. Dürren, Stürme und Überschwemmungen nehmen zu.

Menschen verlieren ihr Hab und Gut, Trinkwasser wird knapp, Ernten werden vernichtet, die Preise für Nahrungsmittel steigen. Armut und Hunger verschärfen sich. Die Verfeuerung von Kohle setzt große Mengen giftiger Schadstoffe frei und gefährdet auch in Deutschland die Gesundheit der Bevölkerung.

Hinzu kommen die zum Teil katastrophalen Folgen des Abbaus von Kohle im Tagebau in den Lieferländern: Umwelt- und Landschaften werden massiv weitflächig und dauerhaft zerstört. Die Rekultivierung ist oft mangelhaft. Der lokalen Bevölkerung droht Umsiedlung und Repression. Kleinbauern werden fruchtbare Böden und Wasserquellen genommen. Abbau und Transport der Kohle verursachen eine immense Feinstaubbelastung. Für unsere Stromversorgung zerstört der Kohleabbau die Lebensgrundlage der einheimischen Bevölkerung.

Klimagerechtigkeit bedeutet somit Klimaschutz und gerechte Teilhabe an den natürlichen Lebensgrundlagen unserer Welt, vor allem für die Menschen des Südens.

Als Etappen auf dem Weg zu mehr Klimagerechtigkeit schlagen wir vor:

1) Kohleausstieg einleiten

Die schlimmsten Auswirkungen des Klimawandels sind nur zu verhindern, wenn die Durchschnittstemperatur maximal um 2° C gegenüber dem vorindustriellen Niveau ansteigt. Damit diese kritische Schwelle nicht überschritten wird und wichtige Schritte in Richtung auf die vom letzten G7-Gipfel beschlossenen „Dekarbonisierung“ eingeleitet werden, halten wir folgende Maßnahmen für geboten:

- **Abschalten der besonders klimaschädlichen Braunkohlekraftwerke sowie der ältesten CO₂-intensiven Kohlekraftwerke in den nächsten Jahren,**
- **Einleitung eines vollständigen, langfristigen Ausstiegs aus der Kohle, der 2050 abgeschlossen sein sollte,**
- **Ausbau der Energieversorgung auf 100 Prozent erneuerbarer Energien.**

Beim schrittweisen Ausstieg aus der Kohleverstromung ist der damit verbundene Strukturwandel für die Beschäftigten und Regionen abzufedern und Jobs in alternativen Bereichen zu schaffen.

Die mit dem Ausstieg aus der Kohle verbundenen Kosten sind von den Verursachern der Emissionen und nicht von den Steuerzahlern und Verbrauchern zu tragen.

2) Lebensgrundlagen in Lieferländern erhalten

Die beiden in Lünen betriebenen Kohlekraftwerke von Trianel und der STEAG beziehen Steinkohle in großen Mengen aus Kolumbien.

Der Kohleabbau in Kolumbien entspricht weder sozialen noch ökologischen Kriterien und die Abbaubedingungen können keinesfalls als „fair“ bezeichnet werden. Das belegen zahlreiche Dokumente und Berichte staatlicher Behörden in Kolumbien, der UN, kirchlicher Organisationen, lokaler indigener Bevölkerungsgruppen und von Nichtregierungsorganisationen.

Zu einer verantwortungsvollen Unternehmensführung bei Trianel und der STEAG gehören für uns:

- **die genaue Offenlegung der Lieferketten,**
- **eine umfassende Respektierung aller gesetzlichen, nationalen und internationalen Auflagen in den Bereichen Menschenrechte, Umwelt, Steuern, Arbeitsbelange, Beziehungen zu Gemeinschaften sowie Corporate Governance,**
- **die Durchführung unabhängiger Audits und Kontrollen für die Lebens- und Arbeitsbedingungen; die Beteiligung lokaler Gruppen, Gewerkschafter, Vertreter der Beschäftigten an den Überprüfungen,**
- **die Veröffentlichung aller Berichte über die effektive Anwendung von Menschenrechtsstandards, Umweltpolitiken und Beziehungen zu den Gemeinschaften.**

3) Öffentliche und private Finanzierung der Kohleförderung beenden

Die staatliche Förderung von Kohleprojekten wird oftmals als Instrument der Entwicklungszusammenarbeit eingesetzt. Entwicklungsländern soll damit Zugang zu Energie verschafft und Armut bekämpft werden.

Fossile Kraftwerke laufen dem Klimaschutz zuwider und blockieren den Ausbau erneuerbarer Energien. Zudem geht der Kohlebergbau mit der Zerstörung der Umwelt, mit Verletzung der Menschenrechte und ausbeuterischen Arbeitsbedingungen einher.

Von der Bundesregierung fordern wir daher: Die öffentliche Finanzierung von Kohlekraftwerken und Projekten zum Abbau und Transport von Kohle ist zu stoppen und stattdessen der Ausbau erneuerbarer Energien zu fördern.

Darüber hinaus werden alle privaten und öffentlichen Investoren (Pensionsfonds, Banken, Versicherungen etc.) aufgefordert, ihr finanzielles Engagement in Kohle abzubauen (Unterstützung der Divestment-Bewegung).

Die meisten fossilen Brennstoffe müssen im Boden bleiben, wenn das Zwei-Grad-Ziel nicht gefährdet werden soll. Weltweit müssen 80 Prozent der Kohle, 50 Prozent der Gas- und 30 Prozent der Ölreserven im Erdboden verbleiben. Die fossilen Vorräte der Arktis dürften komplett nicht genutzt werden. Die Divestment-Bewegung kann dazu beitragen, diese Ziele zu erreichen.

4) Finanzielle Zusagen für Klima-Hilfen an arme Länder halten und ausbauen

Die Industrieländer haben den Entwicklungsländern eine finanzielle Unterstützung bei der Reduzierung von Treibhausgasemissionen und bei der Anpassung an die klimatischen Veränderungen in Höhe von 100 Mrd. US-Dollar pro Jahr bis 2020 zugesagt. Die Klimafinanzierung ist damit auch Teil einer gerechten Lastenverteilung im globalen Klimaschutz und begründet sich aus der unterschiedlichen Verantwortung für das Verursachen des Klimawandels und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Länder.

Daher fordern wir von der Bundesregierung, dass Deutschland seinen fairen Beitrag zur internationalen Klimafinanzierung leistet. Dazu werden die bereitgestellten Mittel aus Deutschland ansteigen müssen; sie sollten außerdem zusätzlich sein und nicht mit privaten Investitionen verrechnet werden können.